

***Es gilt das gesprochene Wort –
Sendesperrfrist: Redebeginn 18.30 Uhr***

Zwei Jahre schwarz-gelbe Bundes- regierung – Halbzeitbilanz aus Ar- beitgebersicht

Rede / Statement von

***Arbeitgeberpräsident
Dr. Dieter Hundt***

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände
Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:
Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29, 10178 Berlin

Briefadresse:
11054 Berlin

bda@arbeitgeber.de
www.arbeitgeber.de

T +49 30 2033-1800
F +49 30 2033-1805

Haben Sie herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung und die Einladung nach Frankfurt. Mein letzter Besuch bei Ihnen liegt schon 13 Jahre zurück, ich freue mich daher sehr, wieder hier Gast sein zu dürfen.

Aktuelle Lage

Lassen Sie mich zunächst etwas zur aktuellen Lage sagen, in der sich die deutsche Wirtschaft in diesem Herbst 2011 befindet.

Die Konjunktur läuft – nach wie vor – derzeit gut: Die Auftragsbücher sind in vielen Branchen noch voll, die Steuereinnahmen steigen, und auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt zu. Im September hatten wir in Deutschland knapp 2,8 Millionen Arbeitslose, das ist der geringste September-Stand seit 20 Jahren!

Unser Land erreichte im letzten Jahr beim Wirtschaftswachstum Platz **eins** der Eurozone. Und gerade erst kürte das Weltwirtschaftsforum bei der Wahl der wettbewerbsfähigsten Länder Deutschland auf Platz sechs von 142 Ländern.

Innerhalb eines Jahrzehnts ist Deutschland vom Schlusslicht zur Wachstumslokomotive Europas geworden.

Politik und Wirtschaft haben Anteil an der guten realwirtschaftlichen Entwicklung:

- Die Politik hat in der Vergangenheit richtige Weichen gestellt.
- Die Unternehmen haben in der Krise an ihren Mitarbeitern festgehalten und damit den Arbeitsmarkt stabilisiert.
- Und die Sozial- und Tarifpartner haben durch maßvolle Tarifabschlüsse und verantwortungsvolles Handeln ihren Beitrag geleistet, dass Deutschland so schnell aus der Krise gekommen ist.

Das sind gute Nachrichten in schwierigen Zeiten. Seit drei Jahren sind Regierungen und Unternehmen nun schon gefordert: Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise, der darauf folgende realwirtschaftliche Absturz und die drastische Zuspitzung der Staatsschuldenkrise halten uns alle in Atem.

Auch heute bleibt zum Atemholen kaum Zeit: Der konjunkturelle Aufschwung nach der letzten Krise der Weltwirtschaft verlangsamt sich, viele sagen, er ist sogar ins Stocken geraten. Von einer weiteren Zuspitzung der öffentlichen Verschuldung gehen erhebliche Risiken aus. Die Finanzmärkte reagieren mit Blick auf die Eurozone zunehmend nervöser.

Welche Folgen die Entwicklung für uns Unternehmer haben wird, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen.

EU-Staatsschuldenkrise

In diesen Tagen und Wochen kann mitten in Europa nicht über Standort, Halbzeitbilanzen und Perspektiven gesprochen werden, ohne ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen Währung und zu einer Vertiefung der europäischen Integration abzulegen.

Deutschland kann es auf Dauer nur dann gutgehen, wenn die Europäische Union insgesamt stark und wettbewerbsfähig ist. Über 60 Prozent unserer Exporte gehen in die EU, über 40 Prozent in den Euro-Raum. Die Wahrheit lautet: Deutschlands ökonomischer Erfolg baut wesentlich auf dem europäischen Binnenmarkt und dem Euro auf.

Der Euro und die Europäische Zentralbank haben sich beide in den zurückliegenden Jahren als ein wichtiger Stabilitätsanker in Europa erwiesen.

Nicht der Euro und schon gar nicht die EZB sind für die Krise verantwortlich. Nach innen wie nach außen hat sich die gemeinsame Währung erprobt. Weltweit genießt die EZB einen exzellenten Ruf.

Um es unmissverständlich zu sagen: Die Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone ist das Ergebnis von Fehlentwicklungen auf nationaler Ebene, insbesondere wegen der immensen Verschuldung der öffentlichen Haushalte.

Sie führt uns allen drastisch vor Augen, welche Bedeutung eine strenge Haushaltsdisziplin und solide Staatsfinanzen für Stabilität und Wachstum haben. Sie straft allen Empfehlungen aus prominenten wirtschaftswissenschaftlichen Zirkeln Lügen, die Höhe der Staatsverschuldung sei keine wichtige Größe.

Eine wichtige Erkenntnis aus der europäischen Staatsschuldenkrise ist schon jetzt, dass wir ein Mehr an gemeinsamer, abgestimmter Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa benötigen.

Vor kurzem habe ich mich für einen Fünf-Punkte-Plan zur Stärkung der Euro-Zone eingesetzt.

Die fünf Punkte umfassen:

1. die Ergänzung der Währungsunion um eine politische Union,
2. verbindliche Vorgaben für die Wirtschafts- und Finanzpolitik,
3. einen neuen Vertrag „Maastricht II“,
4. eine solide, zukunftssichernde Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten und
5. ein Werben für Europa durch die Politik und die Wirtschaft.

Ich begrüße, dass der deutsche Bundestag inzwischen dem Gesetz zur Erweiterung des europäischen Ret-

tungsschirms zugestimmt und damit ein parteiübergreifendes klares Signal für Europa gesendet hat.

Ich begrüße auch, dass die Euro-Länder ihre Wirtschaftspolitik künftig besser aufeinander abstimmen wollen, um Fehlentwicklungen zu verhindern.

Falsch und gefährlich wäre es mit dem Instrument der so genannten "Makrokoordinierung" Euro-Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen zu bestrafen. Das schafft Europaverdross!

Es darf in Europa nicht so weit kommen, dass diejenigen, die Arbeitsplätze sichern und schaffen, für offensichtliche Fehler ihrer Nachbarn in Haftung genommen werden!

Auch Ludwig Erhard, Vater des deutschen Wirtschaftswunders, hätte einer solchen Haltung eine klare Absage erteilt. Für ihn war Wettbewerb die Quelle des Wohlstands, weil er Phantasie, Leistungswillen und Fleiß der Individuen herausfordert. Erhard hatte dabei immer den Leistungswettbewerb auch zwischen den Unternehmen im Sinn: Weil Mittelständler naturgemäß im Wettbewerb stehen, sah er in ihnen die entscheidende Basis für den Wohlstand.

Als überzeugter Vertreter einer Ordnungspolitik war für ihn stets auch klar, dass einzelne Akteure ihre Risiken nicht abwälzen dürfen. Chancen auf einen Gewinn müssen immer auch mit dem Risiko der Haftung im Falle des Scheiterns einhergehen.

Was heißt das nun für die gegenwärtige Situation?

Ein tragfähiger Weg aus der Schuldenkrise muss nach meiner Überzeugung ordnungspolitische Prinzipientreue im Grundsatz mit begründetem Pragmatismus im Einzelfall verbinden.

Deswegen habe ich mich für die Beteiligung der privaten Gläubiger an den Rettungsmaßnahmen ausgesprochen. Ich verkenne aber nicht die großen Schwierigkeiten der Politik, angesichts der immer noch labilen Verfassung vieler Finanzinstitute dies ohne Schaden für Dritte substanzial umzusetzen.

Unter dem Strich steht für mich eines fest: Aus der EU-Staatsschuldenkrise müssen Lehren gezogen werden, damit sich eine Krise solchen Ausmaßes nicht wiederholt. Dem Wettbewerb als wichtigstes Ordnungsprinzip kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Er darf auf keinen Fall außer Kraft gesetzt werden.

Halbzeitbilanz der Bundesregierung

Die Regierungskoalition in Berlin blickt in diesen Tagen auf die Hälfte ihrer Amtszeit zurück. Ich sage ganz deutlich, dass ich mit der bisherigen Regierungsarbeit nicht zufrieden bin. Die schwarz-gelbe Koalition ist hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben. Lassen Sie mich an einigen Punkten deutlich machen, warum ich nicht zufrieden bin.

Soziale Sicherung

Die Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme und insbesondere der beitragsfinanzierten Sozialversicherung ist zwingende Voraussetzung für ein dauerhaft finanzierbares und leistungsfähiges Sozialsystem. Zu hohe und künftig – aufgrund der demografischen Ent-

wicklung – ggf. noch weiter steigende Beitragssätze, die sich direkt in noch höheren gesetzlichen Personalzusatzkosten niederschlagen, sind Gift für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung.

Vor diesem Hintergrund kann ich leider nicht umhin, der Bundesregierung nur eine sehr durchwachsene Bilanz ihrer sozialpolitischen Bemühungen zuzuschreiben.

Zu Beginn der Legislaturperiode betrug die Beitragssatzsumme in der Sozialversicherung 39,6 Prozent. Sie war damit so niedrig wie seit 1997 nicht mehr. Heute liegt die Beitragsbelastung bei 40,4 Prozent. Das sind umgerechnet 8 Milliarden Euro mehr pro Jahr, obwohl die Koalition zu Beginn ihrer Amtszeit immer wieder versprochen hatte, für "mehr Netto vom Brutto" zu sorgen.

Die bittere Wahrheit ist nach wie vor, dass Arbeitnehmer in kaum einem anderen Land so wenig von ihrem erwirtschafteten Einkommen behalten dürfen wie in Deutschland.

Nach aktuellen Berechnungen der OECD werden dem hiesigen Durchschnittsverdiener derzeit 49 Prozent seines Arbeitnehmerentgelts in Form von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern vorenthalten.

Noch viel erschreckender ist, dass von jedem Euro, den ein Arbeitgeber zusätzlich für seinen Arbeitnehmer aufwendet, gerade einmal 40 Cent in dessen Portemonnaie ankommen.

Was für den Arbeitnehmer weniger Netto bedeutet, erhöht für die Wirtschaft die Lohnzusatzkosten, was zu Lasten von Beschäftigung und Wachstum geht.

Weitere Beitragssteigerungen in der Sozialversicherung müssen daher unbedingt unterbleiben. Vielmehr brauchen wir zur Entlastung von Arbeitnehmern und Unternehmen wieder eine Beitragssatzsumme unter 40 Prozent. Einen ersten Schritt in diese Richtung kann und muss die Bundesregierung zum 1. Januar 2012 tun, indem sie den Beitragssatz zur Rentenversicherung von 19,9 auf 19,6 Prozent senkt. Das ist möglich, ohne auf die Finanzreserven der Rentenversicherung zurückzugreifen.

Rente mit 67

Auf der sozialpolitischen Habenseite der amtierenden Bundesregierung steht das Festhalten an der Rente mit 67. Sie ist ein wichtiger Beitrag, um den demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials zu begrenzen.

Die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Rentalters zwischen 2012 und 2029 ist ein unverzichtbarer Baustein, um die gesetzliche Rentenversicherung dauerhaft finanzierbar und funktionsfähig zu halten. Die Anhebung der Altersgrenzen setzt zudem finanzielle Anreize, länger im Erwerbsleben zu bleiben.

Krankenversicherung

Mit der letzten Gesundheitsreform verbinden Arbeitgeber wie Arbeitnehmer vor allem eine saftige Beitragserhöhung. Mit dem „GKV-Finanzierungsgesetz“ ist der Beitragssatz von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent gestiegen.

Die Finanzierung der Kosten, die durch Krankheit entstehen, ist damit noch stärker als bisher an das Arbeitsverhältnis gebunden. Vor allem aus demografischen Gründen und um einer gerechteren Finanzierung willen wäre eine Abkopplung vom Arbeitsverhältnis aber dringend geboten.

Positiv an der Gesundheitsreform 2010 sind zwei Dinge:

1. Der Arbeitgeberanteil zum Gesundheitsfonds wurde festgeschrieben. Kostensteigerungen, die über das Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme hinausgehen, müssen künftig allein von den Versicherten in Form von Zusatzbeiträgen aufgebracht werden. Das ist zumindest perspektivisch eine Entlastung der Arbeitskosten.

2. Die Zusatzbeiträge dürfen von den Krankenkassen nicht mehr lohnabhängig, sondern nur noch als Pauschale erhoben werden. Die Zusatzbeiträge sind damit zu einer "Mini-Gesundheitsprämie" geworden.

Pflegeversicherung

Die Pflegeversicherung steht zurzeit finanziell gut da. Dies darf aber kein Grund sein, jetzt das Füllhorn auszuschenken. Denn auf mittlere und lange Sicht wird kein anderer Sozialversicherungszweig so sehr von der demografischen Entwicklung betroffen sein wie die Pflege.

Es ist bedauerlich, dass innerhalb der Koalition nach wie vor laut über Leistungsausweitungen und eine kräftige Beitragssatzanhebung nachgedacht wird. Solche Überlegungen gehen völlig in die falsche Richtung. Langfristige Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit der Pflegeversicherung lassen sich damit definitiv nicht sicherstellen.

Die Pflegeversicherung muss eine Teilkaskoversicherung bleiben. Mehr war und ist nicht finanzierbar. Wirtschaft und Arbeit dürfen nicht mit zusätzlichen Beitragsteigerungen belastet werden.

Wie die Vorgabe des Koalitionsvertrages umgesetzt werden soll, eine ergänzende Kapitaldeckung zur Absicherung des Pflegerisikos einzuführen, ist in der Koalition noch offen und anscheinend ein besonders schwieriger Prozess.

Ergebnis darf jedenfalls nicht ein kollektiver Kapitalstock in mittelbarer Staatsverwaltung sein. Kapitalgedeckte Vorsorge hat stets individualisiert und privatrechtlich zu erfolgen. Nur so kann die Gefahr gebannt werden, dass der Staat auf die angesparten Mittel vorzeitig zugreift oder sie sogar zweckentfremdet.

Tarifeinheit

Die Beschäftigungssicherung während der Krise ist ein immenser Erfolg der Tarifpartner. Dieser Erfolg zeigt, wie gut und zuverlässig unsere Tarifautonomie selbst unter extremen Bedingungen funktioniert. Die Tarif- und Betriebspartnerschaft ist und bleibt eine wesentliche Grundlage für den Erfolg der deutschen Wirtschaft.

Umso weniger Verständnis habe ich dafür, dass der Gesetzgeber noch immer nicht in der Lage war, die Tarifeinheit wiederherzustellen, die mehr als 50 Jahre Grundlage der Tarifpartnerschaft war. Inzwischen ist es über ein Jahr her, dass sich das Bundesarbeitsgericht mit Hinweis auf die fehlende gesetzliche Grundlage von

diesem Grundsatz seiner früheren Rechtsprechung verabschiedet hat.

Wenn es aber keine Tarifeinheit gibt, droht die Zersplitterung unserer gesamten Tarifordnung. Die anhaltenden, tarifeinheitswidrigen Streiks der GDL bei den Privatbahnen bieten in dieser Hinsicht einen bitteren Vorgehensmack.

Die GDL legt seit Monaten mit einigen wenigen Lokführern zahlreiche regionale Bahnunternehmen lahm, obwohl in den betroffenen Unternehmen bereits für alle Arbeitnehmer einschließlich der Lokführer Tarifverträge bestehen.

Natürlich sind dies nur die Anfänge einer Erosion, die sich ohne Einschreiten des Gesetzgebers auszuweiten droht. Wenn das Verhalten der GDL Schule macht, realisiert sich eine Entwicklung, die heute noch verhindert werden kann: die Zersplitterung unseres Tarifsystems.

Die seit der Rechtsprechungsänderung neu formierte Gewerkschaft der Servicekräfte in Krankenhäuser und die Deutsche Feuerwehrgewerkschaft drohen sich in eine ähnliche Richtung wie die GDL zu entwickeln.

Ich sehe kein Ende dieser Entwicklung, solange die Tarifeinheit nicht gesetzlich geregelt wird und jede Sparte ihre egoistischen Einzelinteressen verfolgt.

Ein solch egoistisches Verhalten untergräbt die Akzeptanz und das Vertrauen in unser höchst erfolgreiches System der Branchentarifverträge, weil es die Friedenswirkung von Tarifverträgen aushebelt.

Wenn wir unser Tarifvertragssystem funktionsfähig halten wollen, wenn wir nicht riskieren wollen, dass der Branchentarifvertrag für die Arbeitgeber deutlich an Attraktivität verliert und unsere Tarifordnung zerfasert, muss die Tarifeinheit **rasch** und **eindeutig** gesetzlich gesichert werden.

Ich fordere die Bundesregierung auf, den vielen Worten in dieser Sache endlich Taten folgen zu lassen.

Energiepolitik

Zu den unerfreulichen Entwicklungen der ersten zwei Regierungsjahre gehört der überstürzte Ausstieg aus der Kernenergie. Dieser wirkt sich bereits negativ auf die Wirtschaftsleistung Deutschlands aus. Der beginnende Wandel vom Stromexportland zum Stromimportland hat Deutschland jetzt schon Wachstum gekostet, nämlich bis zu 0,2 Prozentpunkte (Stat. Bundesamt: -0,1 %, Commerzbank: -0,2 %).

Die verlässliche, planbare und bezahlbare Energieversorgung ist ein zentraler Standortfaktor für Investitionen aus dem In- und Ausland.

Ich bin davon überzeugt, dass der Ausstieg aus der Kernenergie der Politik wie auch der Wirtschaft noch einiges an Kopfzerbrechen bereiten wird.

Denn ich sehe nicht, wie die Voraussetzungen für einen kompletten Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 erfüllt werden sollen. Schon heute ist es schwierig, die nötige Ersatz-Kraftwerksleistung sicherzustellen. Auch bei den weiteren Schritten wie neuen Stromtrassen durch Deutschland und neuen Speicherkapazitäten sind Prob-

leme absehbar. Bei aller Begeisterung der Öffentlichkeit für den Ausstieg weiß ich nicht, ob auch die notwendigen Konsequenzen mit ebenso großem Hurra akzeptiert werden.

Sie sehen allein an diesen wenigen Beispielen, dass ich mit der Bilanz der ersten zwei Regierungsjahre nicht wirklich zufrieden bin.

Die Koalition in Berlin rufe ich auf, in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode zu deutlich mehr Einigkeit und Entschlossenheit zurückzufinden. Zaudern, Zögern und Streiten kann sich die deutsche Politik nicht länger leisten. Die Kakophonie und die Streitereien unter den drei Koalitionsparteien müssen aufhören. Wir brauchen stattdessen mehr Berechenbarkeit und Verlässlichkeit.

Lassen Sie mich noch zwei Themen kurz ansprechen, die ich für diese Legislaturperiode und darüber hinaus für dringend notwendig halte.

Investitionspolitik

Wenn der Wirtschaftsstandort Deutschland im globalen Wettbewerb weiterhin eine führende Rolle spielen soll, muss Deutschland ein bevorzugter Investitionsstandort bleiben. Gerade im globalen Wettbewerb kommt es darauf an, schnell, flexibel und innovativ zu bleiben.

Die Politik muss jetzt entsprechend mitziehen und für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen. Konkret müssen:

1. Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzt
2. und die Gewerbesteuer grundlegend reformiert werden.

Ein Hemmnis für die Wirtschaft sind die restriktiven Regelungen bei der deutschen Verlustverrechnung. Sie führen dazu, dass nur ein bestimmter Teil der Verluste steuerlich geltend gemacht werden kann. Ein weiteres Hemmnis für Investitionen ist, dass im Falle eines Mehrheitsverkaufs aufgelaufene Verluste nicht mehr mit den Gewinnen verrechnet werden können.

Demographie u. Fachkräftesicherung

Die Bevölkerung Deutschlands wird in den nächsten Jahrzehnten schrumpfen und dabei gleichzeitig immer älter werden. Daraus ergeben sich weit reichende Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme und den Arbeitsmarkt.

Vor allem der zunehmende Mangel an qualifiziertem Fachkräftenachwuchs wird unseren Arbeitsmarkt deutlich verändern.

Aktuell fehlen bereits 150.000 Fachkräfte aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich, die Hälfte davon Ingenieure. Auch im Pflegebereich gibt es schon heute 30.000 unbesetzte Stellen.

Deswegen müssen wir alles tun, um das heimische Potenzial an Arbeitskräften besser auszuschöpfen. Dazu muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter erleichtert werden, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen. Die Unternehmen sind hier bereits sehr aktiv, indem sie flexible Arbeitszeitmodelle anbieten oder betriebliche Kindergärten einrichten.

Alle Maßnahmen zur Aktivierung der inländischen Potenziale werden nicht reichen, um die aufreißende Fachkräftelücke zu schließen. Menschen, die nicht geboren sind, lassen sich nicht weiterqualifizieren oder dazu ermuntern, sich am Erwerbsleben zu beteiligen. Deswegen müssen wir uns gezielt auch um qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland bemühen.

Ich favorisiere dabei eine arbeitsmarktorientierte Steuerung der Zuwanderung nach klaren Kriterien, womit zum Beispiel Kanada oder Australien gute Erfahrungen machen. Außerdem brauchen wir dringend weitere, vor allem auch kurzfristig wirksame Maßnahmen, um Fachkräften die Zuwanderung zu erleichtern. So dürfen wir es uns nicht länger leisten, Studenten aus Nicht-EU-Staaten an deutschen Universitäten auszubilden und ihnen anschließend nur befristete Aufenthaltsgenehmigungen zu erteilen, wenn sie bei uns Arbeit gefunden haben. Wer in Deutschland studiert und anschließend einen Job gefunden hat, sollte auch eine Dauerperspektive in Deutschland erhalten.

Schluss

Anhand der Vielzahl der Themen, die ich hier angesprochen habe, sehen Sie: Es bleibt viel zu tun in Deutschland und in Europa, damit wir im welt-weiten Wettbewerb bestehen können und Wachstum und Wohlstand erhalten bleiben.

Dafür müssen wir

- alles Notwendige für die Überwindung der Staatsschuldenkrise tun,
- uns für eine stabile Wirtschafts- und Sozialordnung einsetzen,
- Investitionen und Innovationen stärken
- und eine schlüssige Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Fachkräftemangels entwickeln.

Wenn es gelingt, hier zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen, habe ich keinen Zweifel daran, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland auch weiter global zu den ersten Adressen gehören wird.

Vielen Dank.